

Lydia Klinkenberg über den Haushalt 2019

Die Schwerpunkte unserer Politik bleiben auch weiterhin die Bereiche Bildung, Soziales, Familie, Senioren und Gesundheit, die zwei Drittel der laufenden Ausgaben ausmachen.

Hinzu kommen die Zuständigkeiten, die entweder seit der 6. oder durch die im September abgeschlossenen Verhandlungen mit der Wallonischen Region in unseren Händen liegen – d.h. Raumordnung, Wohnungsbau und Teile der Energiepolitik. Wir haben mit der Übertragung dieser Zuständigkeiten die einzigartige Möglichkeit, sehr viel konkreter und maßgeschneiderter auf die ostbelgischen Bedarfe einzugehen. Laut der letzten FORSA-Umfrage sprechen sich nämlich 65 % der Bevölkerung für die Übertragung der Energiepolitik, 71% für die Übertragung der Raumordnung und ganze 78% für die Übertragung des Wohnungswesens an die Deutschsprachige Gemeinschaft aus. Die Übertragung der neuen Zuständigkeiten genießt demnach großen Rückhalt in der Bevölkerung. Nun gilt es, diese neuen Politikbereiche möglichst effizient zu gestalten, Prozesse zu vereinfachen und Bürokratie abzubauen.

Dies gilt auch für die Seniorenpolitik und die Auszahlung des Kindergelds, die ab dem 1. Januar 2019 von der Deutschsprachigen Gemeinschaft selbst verwaltet werden. Für den zuletzt genannten Bereich übernimmt die DG zehn Personalmitglieder. Und auch für Raumordnung, Wohnungsbau und Energiepolitik ist zusätzliches Personal im Haushalt vorgesehen worden. Denn der Übergang muss einwandfrei funktionieren, so dass keinerlei Nachteile für unsere Bevölkerung entstehen. Daher haben wir bereits vor einigen Jahren intensiv mit der Vorbereitung der Übertragungen begonnen, was sich heute auszahlt, so dass wir erneut durch unsere Autonomie, unsere Selbstverwaltung, einen Mehrwert für unsere Bevölkerung schaffen können.

Die Deutschsprachige Gemeinschaft ist zwar klein, aber bereits heute ist sie eine Region mit Modellcharakter in der europäischen Föderalismusforschung. Unsere Kleinheit ist unsere Stärke!

Das wird auch klar anhand der Infrastrukturpolitik der Deutschsprachigen Gemeinschaft. In Ostbelgien werden keine Schulden gemacht für laufende Ausgaben oder zur Rückzahlung von Anleihen. Trotzdem wurde in den letzten Jahren massiv in einem nie gekannten Maße und mit Blick auf kommende Generationen in unsere Infrastrukturen investiert. Und so sagte mir der liechtensteinische Botschafter vor einiger Zeit zu Recht, dass wenige Regionen, die er besucht hätte, ein so gutes Netz an Infrastrukturen aufzuweisen hätten wie Ostbelgien.

Warum wurde so massiv investiert? Die europäischen Vorgaben rund um die Schuldenbremse erlauben künftig keine Neuverschuldung mehr – auch wenn es sich um so genannte „gute Schulden“ handelt, wie sie in der Literatur heißen, für notwendige Zukunftsinvestitionen in Schulen, Altenheime, Krankenhäuser, Kulturdenkmäler etc. . Und trotzdem werden mit dem aktuellen Haushalt und in Ansprache mit den 9 deutschsprachigen Gemeinden erneut 133 Infrastrukturprojekte in Höhe von ca. 8 Millionen Euro finanziert. 8 Millionen Euro für Infrastrukturvorhaben, mit denen der Dorfsaal in Oudler für 570.000 Euro neu gebaut werden, die Pfarrkirche in Elsenborn für 813.000 Euro instandgesetzt werden und das Begleitzentrum Griesdeck ein Wohnhaus erwerben kann, um nur einige wenige Beispiele aus dem Süden zu nennen. Alle Infrastrukturprojekte zusammen dienen dazu, unsere Lebensqualität hier vor Ort weiter zu verbessern.

Und so kann auch in der kommende Legislaturperiode weiterhin massiv investiert werden: Auch wenn die künftige Mehrheit dieses Hauses die Entscheidung zu treffen hat, ist es unser Wunsch und unser Ziel, dass die vorgesehenen Infrastrukturmittel - so wie es auch im nationalen Investitionsplan der Regierung Michel I vorgesehen ist - vorwiegend in unsere beiden Krankenhäuser, unsere Schulen sowie zusätzliche Plätze in den Seniorenheimen und Kinderkrippen fließen.

Werte Kolleginnen und Kollegen, mehr dazu folgt in aller Ausführlichkeit in den kommenden Stunden und am morgigen Tag! Vielen Dank für Ihre geschätzte Aufmerksamkeit!